Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1927

1.12.1927 (No. 280)

Visual Library

№ 280 Donnerstag, den 1. Dezember 1927 170. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrichstraße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstags 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Eine amerikanisch-deutsche Feier

Schurmann über die deutsch-amerikanischen Beziehungen

Bei der in **Neuyork** veranstalteten Feier des 150. Jahrestages der Landung Steubens in Amerika hielt der amerikanische Botschafter in Berlin, **Schurmann**, eine mit reichem historischem Material ausgestattete Rede, in der er den deutschen Offizier Friedrich Wilhelm von Steuben, der im Alter von 47 Jahren in den Dienst der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung trat, als amerikanischen Helden feierte. Anknüpfend an die Verdienste Steubens würdigte Schurmann in ausführlichen Darlegungen den **Anteil deutschen Elementes** an dem Werden und dem Wachsen der Vereinigten Staaten und kam auf die heutigen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland zu sprechen. Noch nie in der ganzen Geschichte seien die politischen Einrichtungen und die internationalen Ideale Deutschlands und der Vereinigten Staaten so vollständig im Einklang gewesen, wie heute. Zum Schluß gab der Botschafter dem Wunsche nach **ständiger, ungetrübter Freundschaft** zwischen den beiden Völkern Ausdruck.

Auch der Kriegssekretär **Davis** hielt eine Rede, in der er in einem historischen Rückblick die großen Verdienste von Männern und Frauen deutscher Abstammung um den Aufbau des Landes auf allen Gebieten hervorhob. Deutsche druckten die erste Bibel, schrieben das erste Buch über Erziehungswesen, gründeten den ersten Kindergarten, errichteten die erste Papierfabrik, die ersten Eisen- und Stahlwerke und die erste Glasfabrik, legten die Gleise für die erste Eisenbahn, bauten die erste Hängebrücke. Weit wichtiger aber ist, daß sie heilige Freiheitsliebe mitbrachten. Wenn Washington nicht unterstützt worden wäre durch die treue Hingebung und die militärische Sozialität von Männern wie Steuben, so wäre die kleine schwache Nation schon im Entstehen zugrunde gegangen. Die militärische Lage zur Zeit der Landung Steubens sei damals während des bitteren Winters in Valley Forge fast hoffnungslos gewesen. Von Steuben Exerzierreglements bildeten auch heute noch die Grundlage des amerikanischen Reglements.

*

An der Feier nahmen 17 000 Personen, darunter ein Chor von 1200 Sängern, teil. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Kiep, der deutsche Generalkonsul von Lewinsky, der Generalstabschef Summerall, ein Vertreter des Gouverneurs und andere, waren zu der Feier erschienen. Bürgermeister **Walker** betonte die hohe Achtung und Verehrung, die Amerika für die Schwesterrepublik Deutschland empfinde. Neuyork werde den Bürgern deutscher Abstammung niemals vergelten können, was sie für die Stadt geleistet hätten.

Elektrifizierung der elsaß-lothringischen Bahnen

bld **Straßburg**, 1. Dez. (Tel.) Die elsaß-lothringische Eisenbahnverwaltung ist mit den elsaß-lothringischen Handelskammern in Verhandlungen getreten, um die Frage der **Elektrifizierung der elsaß-lothringischen Eisenbahnen** eingehend zu prüfen. Für die Lieferung des erforderlichen Stroms wird das Rheinkraftwerk bei Kembs in Frage kommen, mit dessen Errichtung die Frage zum erstenmal in den Bereich der Möglichkeit treten wird.

Pilsudski gegen Woldemaras

WTB. **Warschau**, 1. Dez. (Tel.) In einem Interview mit einem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur führte Ministerpräsident **Pilsudski** aus: Der von Litauen gegenüber Polen aufrechterhaltene Kriegszustand ist der einzige, der gegenwärtig in der Welt besteht. Wir Polen haben trotz allem den Frieden gehalten. Als die Frage des Kriegszustandes vor ein internationales Forum gestellt wurde, habe ich mich entschlossen, einer höheren Staatsraison folgend, keine Mobilmachung als Gegenmaßnahme anzuordnen und den Beschluß des Völkerbundsrates auf unsere Note abzuwarten. Marschall Pilsudski wandte sich in überaus **scharfen Ausdrücken** gegen den litauischen Ministerpräsidenten **Woldemaras**, dem er die Zurechnungsfähigkeit absprach. Die Beschwerde Woldemaras stammte aus dem Geiste derjenigen, deren Wohnsitz das **Irrenhaus** sei. Dieser litauische Überpatriot habe sich **längere Zeit als Russe und später als Deutscher ausgegeben**, und sei erst zum Schluß als Litauer aufgetreten. Also möchte jeder zugeben, daß es sich hier um ein pathologisches Phänomen handle. Endlich appellierte Pilsudski an seine Mitbürger, der gegen Polen gerichteten Drohungen mit Ruhe zu begegnen und forderte sie auf, den zahlreichen litauischen Flüchtlingen Rat und Hilfe zu gewähren.

Reichskabinett und Tagung des Völkerbundsrats. Das **Reichskabinett** beschäftigte sich am Mittwoch neben innerpolitischen Fragen mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf und nahm hierüber einen Vortrag des Reichsministers des Äußern entgegen.

Die Anleihepolitik der Städte. Wie die „Voss. Ztg." hört, haben zwischen Dr. **Schacht** und dem Präsidenten des Städtetages, **Mulert**, Besprechungen stattgefunden, bei denen der Reichsbankpräsident eine neue Interpretation seines Standpunktes gab. In den allernächsten Tagen, vielleicht schon heute, soll eine Aussprache mit einer Reihe von Vertretern der Städte stattfinden, an der außer dem Berliner Oberbürgermeister Dr **Jarres** aus Duisburg teilnehmen soll.

Deutsch-polnischer Holzeinfuhrvertrag unterzeichnet. In Warschau wurde ein provisorischer Vertrag, der die Einfuhr des Rohholzes und des Schnittholzes zwischen Polen und Deutschland für die Dauer eines Jahres regelt, vom polnischen Minister des Äußern und dem deutschen Gesandten unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 5. Dezember in Kraft.

Letzte Nachrichten

Preußen und der Reichsinnenminister

M. **Berlin**, 1. Dez. (Priv.-Tel.) **Wenn das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung keine Stellung zu dem Beschwerdebrief der preußischen Staatsregierung über den Reichsinnenminister von Keudell genommen hat, so beruht das nicht auf einem Zufall. Namentlich der Reichskanzler ist der Ansicht, daß dieser Brief einer sorgfältigen Nachprüfung bedarf. Es steht noch nicht fest, in welcher Form er beantwortet wird, doch darf man annehmen, daß das schriftlich geschieht.**

Die preußische Regierung hat im übrigen ihren Standpunkt nochmals dargelegt und dabei betont, sie sei zu ihrem Vorgehen gezwungen, weil von Keudell als Reichsinnenminister die Aufgabe habe, die Verfassung zu wahren, und die Beziehungen gerade zu den Ländern besonders pfleglich zu behandeln. Sie hätte es nicht als einen Verstoß angesehen, wenn er auf dem ressortmäßigen Wege seine Bedenken gegen die preußische Studentenpolitik ausgesprochen hätte, sei es in direkten Verhandlungen, sei es im Reichsrat oder Reichstag. So habe es die preußische Regierung auch immer gehalten. Sie könne aber unmöglich als größtes Land nach einem solchen Affront weiter die Beziehungen aufrechterhalten.

Wie wir vernehmen, werden wohl in den nächsten Tagen persönliche Aussprachen zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten stattfinden, zumal ausdrücklich erklärt wird, daß das ganze preußische Kabinett einschließlich des Zentrums hinter diesem Brief steht. Das ist um so notwendiger, als im Reichstag bereits Interpellationen angekündigt sind, die Reichsregierung also eine abschließende Antwort geben muß.

*

Was den Ausgangspunkt des Streits anlangt, nämlich die **Stellungnahme der Studentenschaft** zur Verordnung des preußischen Kultusministers, so ist gestern durch Abstimmung eine Entscheidung herbeigeführt worden.

Von 27 preußischen Hochschulen haben sich 26 mit überwiegender Mehrheit gegen die neue preußische Verordnung über das Studentenrecht ausgesprochen. Die „B. Z." schreibt zu dem Abstimmungsergebnis: Der preußische Kultusminister wird nunmehr den bisherigen preußischen Studentenschaften schriftlich mitteilen, daß sie nicht mehr eine staatlich anerkannte Organisation sind, daß sie daher keinerlei Rechte auf Mitwirkung am akademischen Verwaltungsrecht haben. Gleichzeitig ergehen an die Universitätsbehörden die Anweisungen, keinerlei Verhandlungen mehr mit diesen bisherigen Organisationen zu führen und — das Entscheidende — keinerlei Beitragsgelder für diese bisherigen Organisationen mehr zu erheben.

Das Ende der Bordelle im Rheinland

M. **Berlin**, 1. Dez. (Priv.-Tel.) **Die Rheinlandkommission, die sich ausdrücklich vorbehalten hatte, die Durchführung der einzelnen vom Reichstag beschlossenen Gesetze zu erlauben oder zu verbieten, hat nach einigem Zögern auch dem Gesetz über die Verhütung der Geschlechtskrankheiten ihre Zustimmung gegeben. Damit müssen die Bordelle im Rheinland, von denen immer noch 12 vorhanden sind, ihr Ende finden.**

Aus dem Reichstag

VDZ. **Berlin**, 1. Dez. (Tel.) Die Vollsitzung des Reichstages, die um 15 Uhr beginnt, ist der großen **wirtschaftspolitischen Aussprache** zu widmen. Fast alle Fraktionen haben kurz vor Beginn des Plenums noch einmal Fraktionssitzungen anberaumt, in denen jedoch nur über die bisherigen Ausschußarbeiten den Mitgliedern Bericht erstattet werden soll.

Auch der **Preußische Landtag** tritt heute nach kurzer Pause um 13 Uhr wieder zusammen. Auf seiner Tagesordnung steht die 2. Lesung der preußischen Besoldungsneuregelung.

Bildtelegraphischer Verkehr Berlin-Wien

WTB. **Berlin**, 1. Dez. (Tel.) Im Haupttelegraphenamte übergab heute vormittag 10 Uhr der Staatssekretär im Reichspostministerium, **Feyerabend**, den Bildtelegraphenapparat des Prof. **Carolus** den Betriebsmitteln der Reichstelegraphie. Im Anschluß daran gab Konrad **Jäger** eine anschauliche Beschreibung des neuen Apparates. Hierauf übernahm der Präsident der Oberpostdirektion, **Gentzke**, das neue Verkehrsmittel in den Berliner Betrieb und erklärte den Verkehr zwischen Berlin und Wien für eröffnet. Der Chef des Haupttelegraphenamts, Oberpostdirektor **Zöller**, führte sodann eine Reihe der durch das neue Verfahren übermittelten Bilder und Schriftstücke vor und zeigte die Gebiete, denen nunmehr eine außerordentlich wertvolle neue Erfindung zuteil geworden ist.

Die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums in Amerika. Wie aus Washington verlautet, soll der Vorlage über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums eine entsprechende Vorlage über die Rückgabe des österreichischen und ungarischen beschlagnahmten Eigentums angefügt werden.

* Parteien, Wahlen und Wahlvorbereitungen

II.

Wird die Vereinbarung mit der Bayerischen Volkspartei im Zentrum vorwiegend Freude und Genugtuung hervorrufen, so wird die Rede des Zentrumsabgeordneten **Imbusch**, die er dieser Tage vor den Funktionären des Gewerkvereins christlicher Arbeiter im Ruhrgebiet gehalten hat, wie ein bitterer Tropfen Wermut wirken. Denn Herr Imbusch hat sich nicht gescheut, unter der Zustimmung seiner Hörer eine regelrechte **Kampfansage** an Dr. Marx und Dr. Köhler, die doch beide seiner eigenen Partei angehören, zu formulieren. Die Kritik des Herrn Imbusch richtet sich gegen die Unternehmer, welche die Beamtenbesoldungserhöhung billigten, eine Erhöhung der Arbeitslöhne aber und eine planmäßige Fortsetzung der sozialen Fürsorge verhinderten. Die produktive Arbeit werde oben unterschätzt, die Verwaltungsarbeit überschätzt. Man habe in Deutschland nicht den sozialen Volksstaat, sondern den Klassenstaat, und das unter der Kanzlerschaft Marx. Herr Imbusch hat selber erklärt, der von ihm angesagte Kampf werde **Folgen zeitigen, an die man heute noch nicht denke.** Zum Schlusse seiner Rede polemisierte er gegen die Sozialdemokratie.

Wir beschränken uns darauf, die Kernpunkte der Kritik des Herrn Imbusch zu registrieren. Die von ihm geäußerte Annahme, daß die Unternehmer die Beamtenbesoldungserhöhung billigten, ist sicherlich nicht richtig. Und dann darf eben nicht vergessen werden, daß, als die Rechtskoalition gebildet wurde, kaum eine andere Wahl übrigblieb, und daß man von einer derartigen Rechtskoalition kaum etwas anderes erwarten konnte als die Politik, die dann Tatsache geworden ist. Im parlamentarischen Staat muß schließlich **jede Partei einmal in den Sattel gesetzt werden**, damit sie **ihre** Reitkünste zeigen kann. Letzthin waren die Deutschnationalen dran. Wenn sie nach der Meinung des Volkes schlechte Reiter sind, dann werden ja die nächsten Reichstagswahlen die beste Gelegenheit bieten, parlamentarische Machtverhältnisse zu schaffen, welche **andere** Parteien in den Sattel bringen.

Wenn wir pessimistisch sein wollten, könnten wir allerdings heute schon prophezeien, daß dann nach Verlauf einiger weiterer Jahre **diese, anderen** Parteien es sein werden, über die man schimpft; und das Treibholz, die unentschlossenen und schwankenden Wähler, die jetzt nach links hinüberströmen, werden dann vielleicht wieder nach rechts gleiten. Es ist kein Vergnügen, in Deutschland die politische Verantwortung zu tragen. Damit wird natürlich die andere Frage, ob eine Regierung nicht etwa ein besonderes Ungeschick an den Tag gelegt hat, nicht beantwortet. Daß z. B. in Braunschweig die Rechtsmehrheit bei den letzten Wahlen hinweggefegt worden ist, wird auch von mittelparteilichen Blättern glatt als die Folge einer nicht sehr glücklichen Politik der bisherigen Regierung erklärt.

Jedenfalls erwachsen der **Zentrumspartei** durch die Kampfansage des Herrn Imbusch neue Sorgen. Offenbar hat sich eben im Lauf der Zeit die Abneigung des sogenannten „linken" Zentrumsflügels gegen die Koalition mit der Rechten außerordentlich vergrößert. Und man kann sich kaum vorstellen, daß das Zentrum als Partei nach den bisherigen Erfahrungen noch große Lust haben wird, mit den Deutschnationalen wieder eine Koalition zu bilden. Nicht umsonst hat kürzlich einer seiner Führer, Herr **von Guerard**, verkündet, daß die Koalition erledigt sei, sowie die Deutschnationalen unter der Parole „Für Schwarz-Weiß-Rot und für Wiederherstellung der Monarchie" in den Wahlkampf ziehen würden. Mit welcher Parole wollen die Deutschnationalen denn aber sonst ihre Wähler bei der Fahne halten?

Man muß nicht glauben, daß diejenigen Wähler, die in den letzten Monaten der deutschnationalen Partei verlorengegangen sind, alle plötzlich Links-Gefühle bekommen hätten. Der Zuzug der Sozialdemokraten stammt in der Hauptsache gewiß nicht aus diesen Wählerkreisen. Nein, die Sache ist so, daß Tausende und aber Tausende von deutschnationalen Wählern über die zweideutige Haltung ihrer Parteileitung erzürnt sind und sich deshalb ganz von der Wahl zurückgezogen haben. Im übrigen ist sicherlich diese Erbitterung auch den **Deutschvölkischen**

Mit der Beilage: 1. und 2. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

zugute gekommen. Ohne einen gewissen ausgleichenden Zustrom von deutschnationaler Seite her wären die Deutschvölkischen schon ganz von der Bildfläche verschwunden.

Mit dem Augenblick, mit dem die Rechtskoalition in die Brüche geht, werden die Schwierigkeiten, die sich durch die Opposition des sogenannten „linken" Flügels für die Zentrumspartei aufgetürmt haben, schon bis zu einem gewissen Grade beseitigt sein. Daß bei alledem unter den Zentrumsministern und den Führern der Zentrumsfraktion des Reichstags das Bestreben vorwaltet, den Reichstag noch wenigstens solange zusammenzuhalten, bis das Beamtenbesoldungsgesetz und das Reichsschulgesetz und der Etat erledigt sind, kann man durchaus begreifen. Und wir glauben auch, daß die Führer der anderen großen Parteien für diese Erwägungen Verständnis haben werden. Inzwischen lassen sich allerdings die Gemüter nicht bändigen. Die Wahlvorbereitungen nehmen ihren Fortgang; und da kann es nicht ausbleiben, daß hie und da Reden gehalten werden, die ihrem Inhalt und ihrer Tonart nach, schon gänzlich auf die Bedürfnisse des Wahlkampfes zugestutzt sind.

Aus den Reichstagsausschüssen

Die Besoldungsreform

Der Haushaltsausschuß führte am Mittwoch die **erste Beratung** des Besoldungsgesetzentwurfs zu Ende. Die zweite Lesung ist für den nächsten Montag in Aussicht genommen.

Eine lebhafte Aussprache rief der § 22 hervor, der die **Feststellung des Besoldungsdienstalters** behandelt. Annahme fand ein Antrag der Regierungsparteien, einen neuen Paragraphen a zu schaffen, der einige Verbesserungen bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters wünscht.

Es folgte die Beratung des § 39a, der vom Reichsrat eingefügt worden ist und eine Verbesserung des **Finanzausgleichs um 5 v. H. zugunsten der Länder** fordert. Die Vertreter der preußischen und sächsischen Regierung forderten Annahme des § 39a. Nach längerer Aussprache wurde der Paragraph jedoch **abgelehnt**. Abgelehnt wurden ferner sozialdemokratische und kommunistische Anträge, die eine gesetzliche Festlegung der Arbeitsdienst- und Urlaubszeiten der Beamten in einem neuen Paragraphen 34a forderten.

*

Eine Einigung über die Frage der Behandlung der **Pensionäre und Wartegeldempfänger** konnte auch am Mittwoch unter den Regierungsparteien noch nicht erzielt werden. Das Reichskabinett wird zweifellos der Auffassung des Reichsfinanzministers beitreten, wonach eine Überschreitung der finanziellen Grenzen der Besoldungsvorlage nicht möglich ist. Es soll dann in einer neuen Parteiführerbesprechung versucht werden, auf Grund der Stellungnahme des Kabinetts zu einem Kompromiß zu gelangen.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge

Der Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge beschloß, die **Einkommensgrenze** für solche Rentenempfänger, die Lohn- und Gehaltsbezüge aus öffentlichen Mitteln haben, von 300 auf 350 *RM* monatlich zu erhöhen.

Für die Beibehaltung der Siestasitze

Der Ausschuß für Verkehrsangelegenheiten beschäftigte sich am Mittwoch mit der Eingabe betr. Kündigung des Vertrages der Reichsbahngesellschaft mit der Siesta-Gesellschaft für Reiseerleichterungen m. b. H. durch die Reichsbahngesellschaft. Die Eingabe fordert die Fortsetzung des Vertrages der Reichsbahngesellschaft mit der Siesta-Gesellschaft. Der Ausschuß schloß sich nach längerer Aussprache dem Antrag des Berichterstatters an, die Eingabe der Reichsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Das Arbeitsgebiet des Reichstags

Der Ältestenrat des Reichstages beschloß, daß von heute, Donnerstag bis Samstag, die **Interpellationen über die Wirtschaftspolitik** behandelt werden sollen, wozu zunächst der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister das Wort ergreifen werden. In der Aussprache wird voraussichtlich auch der Reichsfinanzminister sprechen. Vom Montag ab wird das Plenum sich mit den Interpellationen über die **Aussperrung der Tabakarbeiter** beschäftigen, und den Bericht des Ausschusses für die Untersuchungen der **Ruhrentschädigungen** besprechen.

Danach soll die **zweite Beratung der Besoldungsvorlage** in Angriff genommen werden. Ob es schon am Ende der nächsten Woche dazu kommen kann, steht noch dahin. Die Besoldungsvorlage soll auf jeden Fall so gefördert werden, daß die **Auszahlung** der erhöhten Gehälter **noch vor Weihnachten** erfolgen kann. Wann die erste Lesung des **Haushaltsplans für 1928** stattfinden kann, darüber ist im Ältestenrat noch nicht gesprochen worden, da diese Angelegenheit zunächst von der Erledigung des Etats im Reichsrat abhängt.

Ferner beschäftigte sich der Ältestenrat mit der Anregung, die der Reichstagspräsident **Löbe** gelegentlich des Städtetages in Magdeburg dahin gegeben hat, daß ein **kommunalpolitischer Ausschuß** des Reichstages eingesetzt werden möge. Es waren jedoch die Meinungen sehr geteilt darüber, ob die Interessen der Städte in einem besonderen Ausschuß des Reichstages besser gewahrt erscheinen, als wenn die Organisationen der Kommunen in freier Aussprache mit den bestehenden Ausschüssen Gesetzentwürfe beraten, die die Kommunen betreffen. Um diese Frage zu klären, soll eine Besprechung des Reichstagspräsidenten mit den Vorsitzenden der großen kommunalen Organisationen Deutschlands stattfinden.

Urteil im Prozeß gegen Oberbürgermeister Luppe. In der Privatbeleidigungsklage des Hauptlehrers und Landtagsabg. Julius **Streicher** gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe in Nürnberg wurde Dr Luppe wegen Beleidigung zu **1000 *RM* Geldstrafe** verurteilt. Dr. Luppe hatte in einer demokratischen Versammlung in Dessau am 28. Oktober in bezug auf Streicher sich dahin geäußert: „Nun sitzt dieser völkische Verleumder hinter Schloß und Riegel."

Englische Anleihe für Sowjetrußland? Die „Westminster-Gazette" schreibt: Einflußreiche Kreise der City arbeiten für eine finanzielle Regelung zwischen Sowjetrußland und Großbritannien. Eine bekannte Bankengruppe erwägt die Möglichkeit einer Anleihe von zehn Millionen Pfund Sterling unter der Voraussetzung, daß Rußland sich verpflichtet, seine Vorkriegsschulden an Großbritannien zu bezahlen.

Borah gegen Anerkennung der Sowjetunion. Senator **Borah** erklärte, wie aus **Washington** gemeldet wird, daß er bei der nächsten Session des Kongresses von neuem einen Antrag gegen die Anerkennung der Sowjetregierung einbringen werde.

Die Genfer Abrüstungskonferenz

Der in Genf zusammengetretene **Abrüstungsausschuß** hat bereits am ersten Tag den **größten Teil seines Programms erledigt**. Die Russen stellten ganz **radikale Abrüstungsanträge**, die keine Aussicht haben, verwirklicht zu werden und nur propagandistisch zu werten sind. Der **deutsche Antrag**, über sie erst bei der **zweiten Lesung** des Abrüstungsentwurfs im nächsten Jahr zu verhandeln, fand schließlich auch mit den russischen Stimmen Annahme, so daß es zu den verschiedentlich bereits angekündigten Zusammenstößen und zur Abreise der russischen Delegation nicht kam. Die Russen haben übrigens erklärt, daß, wenn die sofortige Totalabrüstung infolge der Weigerung der imperialistischen Länder unmöglich sei, Rußland auch zur Mitwirkung an der etappenweisen Abrüstung bereit wäre. Im übrigen haben England und Frankreich obsiegt.

Der neue **Sicherheitsausschuß** wurde eingesetzt. Deutschland hatte sich bekanntlich im September dagegen ausgesprochen, daß die Abrüstungskommission mit der Sicherheitsfrage belastet werde. Am Sicherheitsausschuß werden die Russen und Amerikaner nur als Beobachter teilnehmen.

Radikale russische Vorschläge

Die Verhandlungen des vorbereitenden Abrüstungsausschusses wurden in Genf, wie gemeldet, am Mittwoch durch den Holländer **Loudon** eröffnet, der zur Lage u. a. ausführte:

Das Fehlen eines Gefühls der allgemeinen Sicherheit behindere die Arbeiten immer noch. Obwohl zweifellos eine vollkommene Abrüstung zur Erhöhung der Sicherheit beitragen würde, so scheuen sich doch zahlreiche Länder, ohne die vorherige Schaffung eines erheblichen Maßes von **Sicherheit**, die Abrüstung praktisch in Angriff zu nehmen. Er richtete an die Delegationen der Vereinigten Staaten und Rußlands die Frage, ob sie sich als Nichtmitgliedsstaaten des Völkerbundes an dem Sicherheitsabkommen beteiligen würden. Nach seiner Auffassung könnten der Sicherheits- und der Abrüstungsausschuß dann parallel arbeiten.

Am Ende der Eröffnungssitzung entwickelte der russische Delegierte **Litwinow**, ein Abrüstungsprogramm, das die **vollständige Abschaffung der Rüstungen** zu Lande, zu Wasser und in der Luft und zu ihrer stufenweisen Verwirklichung innerhalb von vier Jahren u. a. die Entlassung der gesamten stehenden Streitkräfte aller Truppenarten, die Zerstörung aller Waffen- und Munitionsbestände und sämtlicher chemischen Kriegsmittel, den vollständigen Abbau der See- und Luftflotten, die Schleifung der Festungen, die Abschaffung der Flotten- und Luftflottenstützpunkte, die Aufhebung aller Waffenfabriken und verschiedene gesetzgebende Maßnahmen verlangt. Die sowjetrussische Delegation wolle unter Wahrung ihres Standpunktes an allen Erörterungen ausnahmslos teilnehmen, soweit es sich um praktische Maßnahmen handelt, die zu einer Verwirklichung der Abrüstung führen. Die russische Regierung sei außerdem bereit, sofort ein Staatenabkommen über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges zu unterzeichnen.

Litwinow verlas dann einen Resolutionsantrag, durch den beantragt wird:

1. sofortige Ausarbeitung eines detaillierten Konventionsentwurfes zur allgemeinen Abrüstung auf Grund der von der russischen Delegation dargelegten Richtlinien, und
2. die Einberufung einer **allgemeinen Abrüstungskonferenz** für den März 1928 zur endgültigen Annahme eines entsprechenden Staatenabkommens.

Zum Beginn der Nachmittagssitzung machte **Loudon** den Vorschlag, die Diskussion über die russische Erklärung mindestens bis morgen zu vertagen.

Der französische Vertreter, **Paul Boncour**, drängte auf sofortige Aussprache, in der er sodann als erster Redner zunächst die Ausschußarbeiten gegen den Vorwurf der Verschleppung und der Kompliziertheit verteidigte. Die russischen Vorschläge hätten im Grunde genommen den Fehler, daß sie sich die Sache viel zu leicht machten.

Graf Bernstorff gab als zweiter Redner die Erklärung ab, daß es nicht bezweifelt werden könne, daß die deutsche Delegation absolut auf dem Boden der Resolutionen der Völkerbundsversammlung stehe. Die Kritik Litwinows sei allerdings sehr streng ausgefallen, im Grunde genommen seien aber seine Vorschläge schon früher aufgestellt worden. Graf Bernstorff unterstützte sodann den Vorschlag auf **Vertagung der Diskussion der russischen Anträge bis zur zweiten Lesung.**

Es wurde beschlossen, den deutschen Antrag anzunehmen, die eigentliche Aussprache über die russischen Vorschläge auf die zweite Lesung zu vertagen und das Datum der zweiten Lesung noch während der gegenwärtigen Tagung festzusetzen.

Präsident **Loudon** erklärte: Zu dem Wunsche der deutschen Delegation, die zweite Lesung mindestens vier Wochen vor der Frühjahrstagung, also für Anfang Februar, festzusetzen, soll erst am Schlusse der jetzigen Tagung entschieden werden, womit sich Graf Bernstorff einverstanden erklärte.

Einsetzung des Sicherheitsausschusses

Der Ausschuß trat darauf in die Beratung des zweiten und letzten Punktes seiner Tagesordnung ein, nämlich die **Prüfung der Entschließungen der letzten Bundesversammlung und des Rates.**

In diesem Zusammenhang gab der Führer der amerikanischen Delegation, der Gesandte **Wilson**, eine längere Erklärung ab, in der er im wesentlichen unter Berufung auf die besondere Lage der Vereinigten Staaten betonte, daß sein Land nach wie vor entschlossen sei, diejenigen Fragen, die die europäischen Staaten allein angehen, diesen gänzlich zu überlassen. Die Vereinigten Staaten könnten auch, wie bereits sein Vorgänger erklärt habe, **keiner Kontrolle zur Durchführung der Abrüstung zustimmen.** Das gleiche gelte für die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit und der Sicherheit. Dementsprechend würden die Vereinigten Staaten auch an **den Arbeiten des Sicherheitsausschusses nicht teilnehmen.**

Zur gleichen Frage erklärte **Litwinow**, daß sich die russische Regierung an den Arbeiten des Sicherheitsausschusses nur durch einen Beobachter vertreten lassen werde.

Am Schlusse der Sitzung wurde eine Entschließung angenommen, durch die das von der letzten Völkerbundsversammlung vorgeschlagene **Sicherheitskomitee** eingesetzt wird. Entsprechend einem von Frankreich, Jugoslawien, Japan und Schweden eingebrachten Antrag, hat der Ausschuß darauf verzichtet, dem Sicherheitskomitee ein besonderes Arbeitsprogramm zu geben. Das Sicherheitskomitee, dessen Mitglieder von den beteiligten Regierungen alsbald bekannt gegeben werden sollen, erhält das Recht, für seine Beratungen besonders qualifizierte Persönlichkeiten zeitweise hinzuzuziehen.

Präsident **Loudon** richtete an die Vereinigten Staaten die Bitte, sich entsprechend dem russischen Beispiel ebenfalls durch einen Beobachter vertreten zu lassen. Gesandter **Wilson** versprach, diesen Wunsch seiner Regierung zu übermitteln.

Englische und französische Stimmen

Die russischen Vorschläge werden in der englischen Presse als **utopisch und nicht ernst zu nehmen** bezeichnet. Der Londoner „Daily Telegraph" schreibt: Es bleibt jetzt abzuwarten, ob die Sowjetdelegation, wenn die Kommission schließlich ablehnt, sich mit den Vorschlägen zu befassen (was sie bestimmt tun wird), ihre Drohung, abzureisen, wahr machen wird, oder ob ihre Führer in einem Abänderungsplan statt der 100prozentigen eine 50prozentige Abrüstung vorschlagen werden. Das Arbeiterblatt „Daily Herald" führt aus: Die Absicht der Sowjetregierung dürfte gewesen sein, die anderen Mächte zu veranlassen, deutlich zu erklären, wie weit es ihnen mit dem Gerede über Abrüstung ernst ist. Die übrigen Blätter bezeichnen die Vorschläge als grotesk. „Daily Mail" meint, durch Annahme des Planes Litwinows würde die zivilisierte Welt in den Zustand der Steinzeit zurückgebracht werden und die unzivilisierten Rassen würden dann in der Welt das Übergewicht haben.

Von den französischen Blättern schreibt „Echo de Paris", man könne den Vorschlag der Sowjets kaum ernst nehmen, zumal er von Leuten ausgehe, die eine intensive Militärdienstpflicht eingeführt haben und über 1 264 000 Mann verfügen. „Journée Industrielle" spricht von einer Verhöhnung der übrigen Delegierten. Auch der sozialistische „Oeuvre" meint, die Rede Litwinows sei wohl ein schlechter Scherz, bestimmt für einen sehr primitiv denkenden Kreis. „Avenir" nennt Litwinows Rede ein demagogisches Spiel Moskaus.

Die konstituierende Sitzung des Sicherheitskomitees

WTB. **Genf**, 1. Dez. (Tel.) Das gestern gebildete Sicherheitskomitee ist heute vormittag zu seiner **konstituierenden Sitzung** zusammengetreten und hat den tschechoslowakischen Außenminister **Benesch** zum Präsidenten, den kolumbischen Gesandten in Paris, **Urrutia**, und den früheren schwedischen Außenminister **Unden**, zu Vizepräsidenten gewählt. **Deutschland** ist vorläufig im Sicherheitskomitee durch **Graf Bernstorff** vertreten.

*

WTB. **Genf**, 1. Dez. Wie die Schweizerische Depeschenagentur berichtet, beabsichtigen mehrere dem **Sicherheitskomitee** angehörende Delegierte einen **Zusatz zur Völkerbundsverfassung** zu beantragen, der dahin geht, daß der Völkerbund künftig keine Verträge automatisch registriere, die offenkundig gegen die Aufrechterhaltung des Friedens verstießen.

Politische Neuigkeiten

Eine Friedensrede Briands

In der französischen Kammer ergriff beim Etat für Auswärtige Angelegenheiten auch **Briand** das Wort. Er führte dabei aus:

Ich kenne Leute, die den Krieg für unvermeidlich halten. Ich bin anderer Ansicht, denn ich habe Vertrauen zum Völkerbund. Es sei unrichtig, daß Frankreich in bezug auf die Abrüstung noch nichts getan habe. Die Tonnage der Kriegsmarine, die 1914 882 500 Tonnen betrug, ist 1927 auf 465 000 Tonnen gefallen. Das Heer hatte 1914 eine Stärke von 990 000 Mann, 1925 zählte es 675 000 Mann, und bei der Durchführung der Heeresorganisation wird es 450 000 Mann stark sein. Frankreich sei sogar bereit, mehr zu tun, wenn seine Sicherheitsbedingungen gewährleistet seien. Außerdem willige Frankreich ein, seine Militärdienstzeit auf 18 Monate und ein Jahr zu beschränken. Briand sprach seine Befriedigung aus über die durch den Völkerbund, durch die Abmachungen von Locarno und die loyale Mitarbeit der Regierenden in **Deutschland** erzielten Ergebnisse. Auf die litauisch-polnische Angelegenheit übergehend, betonte Briand, es wäre klüger gewesen, wenn man dem Völkerbund die Lösung der Schwierigkeiten gleich übertragen hätte. Briand lobte alsdann die Loyalität der deutschen Staatsmänner in Genf und hob hervor, daß in Locarno der Vertreter Deutschlands dem Vertreter Frankreichs anvertraut habe, er habe das Gefühl, daß er nicht gerade eine Lebensversicherung dort abschließe. Das habe ihn, Briand, stark beeindruckt, denn er habe hierbei an Rathenau und an Erzberger gedacht. Er habe die feste Hoffnung, daß die bevorstehende Tagung des Völkerbundsrates die Wolken verscheuchen werde.

Briands Rede wurde oftmals durch lebhaften Beifall des gesamten Hauses unterbrochen. Nach Schluß der Rede drückte **Poincaré** Briand die Hand. Nach Briand ergriff der Abg. **Seitz** das Wort. Er wies darauf hin, daß in dem Bericht, der an die Kammer gelangt sei, davon gesprochen werde, daß die geistigen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland gefördert worden seien. Weiter seien die Verhältnisse im **Elsaß** so, daß die elsässische Bevölkerung darunter leide.

*

Der französische Senator Henry **de Jouvenel** hat auf Einladung der Universitätsgruppe für den Völkerbund in **Brüssel** einen Vortrag gehalten, in dem er nach dem Havasbericht erklärte, man habe geglaubt, daß nach dem Kriege der Friede endgültig geschlossen sei. Man stelle aber heute fest, daß der Frieden in Versailles nur auf 15 Jahre hergestellt worden sei, also bis zur Räumung der Rheinlande, 1933. Was werde dann geschehen? Es sei seit 1919 kein solides internationales Friedenssystem errichtet worden. Ein einfacher albanischer innerpolitischer Konflikt würde infolge der beiden Tiranaverträge das Eingreifen Italiens zur Folge haben und einen Konflikt am Adriatischen Meer entfesseln. Dieser Balkankonflikt werde einen italienisch-französischen Konflikt im Gefolge haben, wie eine einfache Bewegung in Litauen Osteuropa in Brand stecken würde. Man erkenne also, daß man zu dem **System der Bündnisse und Gegenbündnisse**, die vor dem Kriege bestanden, zurückgekehrt sei. Der Friede könne gegenwärtig nur durch **verallgemeinerte Schiedsgerichtsbarkeit** und durch Garantien gefunden werden, also durch einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag.

Die Direktoriumsbildung im Memelgebiet

Wie das „Memeler Dampfboot" auf Anfrage beim Memeler Gouvernement erfährt, haben die Verhandlungen über die Bildung des Direktoriums am Mittwoch zu einer **grundsätzlichen Einigung** geführt. Die Ernennung des Präsidenten und die Bekanntgabe der Namen der übrigen Mitglieder des Direktoriums ist für heute zu erwarten. Zu bemerken ist, daß es sich **nicht** um ein Direktorium handelt, dessen Mitglieder **ausschließlich den Mehrheitsparteien** angehören oder ihnen nahestehen, sondern, daß ihm sogar **ein Großlitauer** schärfster Richtung angehören soll.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im November 1927 für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Ausgaben beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats November auf 150,6 gegen 150,2 im Vormonat. Sie ist sonach um 0,3 v. H. **gestiegen.**

Der neugewählte hessische Landtag ist zum 8. Dezember zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Sachsen gegen die Todesstrafe. Der sächsische Landtag nahm am Mittwoch nach kurzer Aussprache einen Antrag gegen die Todesstrafe mit den Stimmen der Linken, der Altsozialisten und der Demokraten gegen die Rechte an. Nach einer von der Regierung mitgeteilten Statistik ist die Todesstrafe in Sachsen seit 1919 bei 36 Todesurteilen in keinem Falle vollstreckt worden.

Gerüchte von einem Attentat auf Mussolini werden in Rom amtlich **dementiert.**

Streik der Hafenarbeiter in Australien. Die Hafenarbeiter weigerten sich, wie aus **Sidney** gemeldet wird, zu arbeiten; sie legten damit den großen Linien- und Küstenverkehr lahm. Die Reeder erklärten, daß, wenn die Hafenarbeiter ihre Haltung beibehielten, die Dampfer stillgelegt werden würden.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Dienstag, 6. Dezember, vorm. 10 Uhr.

Die Tagesordnung lautet:

I. Mitteilung der Eingänge.

II. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über

a) den Gesetzentwurf über die Vereinigung des Hauptortes Andelshofen mit der Stadtgemeinde Überlingen (Drucks. Nr. 1 und 1a), Berichterstatter Abg. Dr. Hoffmann;

b) die Gesuche

1. des Württ. Frontkämpferbundes, Errichtung eines Reichsehrenmals, Berichterstatter Abg. Scheel;

2. des Verbandes Bad. und Pfälz. Kleingarten- und Gartenbauvereine, Kleingartenwesen in Baden, Berichterstatter Abg. Kühn;

3. des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gau Baden, Festlegung der Richtsätze nach einheitlichen Richtlinien in allen Bezirksfürsorgeverbänden, Berichterstatter Abg. Eichenlaub;

4. desselben Verbandes, Zurücksetzung der Sozialrentner gegenüber den Kleinrentnern bei Anrechnung des Arbeitsverdienstes, Berichterstatter Abg. Eichenlaub.

III. Begründung und Beantwortung der Förmlichen Anfragen der Abgeordneten

1. Dr. Schofer u. Gen., Aussperrung der gesamten deutschen Zigarrenarbeiterschaft (Drucks. Nr. 2),

2. Maier-Heidelberg u. Gen., Aussperrung der Tabakarbeiter in Baden (Drucks. Nr. 12), und damit in Verbindung mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses und Beratung über den Antrag der Abg. Bock u. Gen., Aussperrung der Tabakarbeiter in Baden (Drucks. Nr. 7), Berichterstatter Abg. Dr. Glockner;

3. D. Mayer-Karlsruhe u. Gen., die Notlage der badischen Landwirtschaft (Drucks. Nr. 3),

4. Weißhaupt u. Gen., Notlage der badischen Landwirtschaft (Drucks. Nr. 6),

5. Bock u. Gen., Verhalten der Schutzpolizei bei Umzügen (Drucks. Nr. 10).

Anträge und Interpellationen

Zur **Notlage der Landwirtschaft** hat die **Bürgerliche Vereinigung** folgende Interpellation gestellt: „Das Jahr 1927 ist für die badische Landwirtschaft eines der ungünstigsten seit Menschengedenken. Wenn im Frühjahr die besten Hoffnungen berechtigt schienen, so schwanden dieselben von Monat zu Monat, von Woche zu Woche. Schon zu Beginn der Heuernte setzte die Regenperiode ein, die den ganzen Sommer hindurch anhielt, so daß Rheinebene und Schwarzwald unter den gleichen Witterungsverhältnissen litten. Futter und Getreide sind zu einem großen Teil vernichtet oder höchst minderwertig. Viel Getreide, insbesondere Hafer, ist vollständig zugrunde gegangen. Die aussichtsreiche Kartoffelernte wurde insbesondere in schweren Böden bis zu 50 Prozent durch Fäulnis unbrauchbar. Die badischen Winzer sind in einer trostlosen Lage. Die Landwirtschaft, die im Frühjahr durch Beschaffung von Saatgut und Kunstdünger Schulden machte, ist nicht in der Lage, dieselben zu bezahlen. Dazu kommen die hohen Steuern und Gemeindeabgaben. Die badische Landwirtschaft steht zum weitaus größten Teil vor einer Notlage, wie schon lange nicht mehr. Die Gefahr, wucherisch ausgebeutet zu werden, ist groß. Ist die badische Regierung bereit, Steuernachlässe zu gewähren? Ist sie ferner bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Baden als Notgebiet betrachtet und weitgehendste Berücksichtigung der Steuerzahler angeordnet wird?"

In einer Kurzen Anfrage und in einem Antrag behandelt die **Bürgerliche Vereinigung** eine ähnliche Frage. Die Kurze Anfrage lautet: „Ist die Regierung bereit, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß das Kleinrentnerversorgungsgesetz mit Beschleunigung beraten und verabschiedet wird, damit die Kleinrentner baldigst in den Genuß ihres Rechts kommen?" — Der Antrag besagt: „Der Landtag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Neuregelung der Beamtenbesoldung die Altpensionäre den übrigen Beamten gleichzustellen."

Professor Dr. Ludwig Curtius,

seit dem Rücktritt von Geheimrat v. Duhn im Jahre 1920 Ordinarius für Archäologie an der **Heidelberger** Universität, erhielt einen Ruf an das **Deutsche Archäologische Institut in Rom.** Eine Entscheidung von Professor Curtius über die Annahme dieses Rufs liegt noch nicht vor. Es wäre zu wünschen, daß es gelingt, den hervorragenden Gelehrten der Heidelberger Universität zu erhalten.

Burte-Feier in Lörrach. Die Freunde und Verehrer Hermann Burtes veranstalteten am Sonntag morgen aus Anlaß der Auszeichnung des Dichters mit dem Schillerpreis, in **Lörrach** eine besondere Morgenfeier. Alemannische Lieder aus Burtes „Madlee", von dem Karlsruher Komponisten Frz. **Philipp** wirkungsvoll vertont, durch den Lörracher Männerchor und Musikdirektor **Hitzigs** Leitung vorgetragen, und weitere Lieder, von Hauptlehrer **Boetsch** vertont, von einem Kinderchor rein und klar gesungen, umrahmten die Festansprache Professors Dr. **Berger,** Lörrach, über den Dichter, seinen Werdegang und die Bedeutung seiner Werke. Durch Burtes dramatische Werke zieht sich als Grund- und Leitmotiv, den Sinn des geistigen Führertums aufzudecken. Sein Roman „Wiltfeber, der ewige Deutsche", wurde 1912 mit dem Kleistpreis ausgezeichnet. Große Auszeichnung erfuhr Burte auch durch Rathenau, 1914 wurde in Mannheim sein „Herzog Uz" aufgeführt. Einige Zeit darauf erschien sein friederizianisches Drama „Katte", 1917 wurde im Karlsruher Theater „Simson", 1926 in Freiburg „Apollo und Kassandra", etwas später „Der letzte Zeuge" aufgeführt. Der alemannischen Gedichtsammlung „Madlee" wird bald eine hochdeutsche Gedichtsammlung „Ursula" folgen. Manche Manuskripte harren noch der Veröffentlichung. — Oberbürgermeister Dr. **Gugelmeier** gratulierte im Namen des Stadtrats in herzlichen Worten dem Dichter für die Auszeichnung und überreichte ihm ein Porzellankunstwerk, eine Frauengestalt auf einem Elephanten, von Prof. **Länger,** Karlsruhe, entworfen.

Automobilunfälle in Baden im Jahr 1926

Die Zahl der im Jahr 1926 im Lande Baden vorgekommenen Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen, die zur amtlichen Kenntnis gelangt sind, beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts 2403, wovon allein in den badischen Amtsbezirken Mannheim und Karlsruhe nahezu die Hälfte (1107 oder 46,1 Proz.) zu verzeichnen sind. Im Amtsbezirk **Mannheim** gelangten 673 und im Amtsbezirk **Karlsruhe** 434 Unfälle zur amtlichen Kenntnis. Die meisten Unfälle (800) haben sich im 3. Vierteljahr, in der Reisezeit, ereignet. Im 2. Vierteljahr betrug die Zahl der Unfälle 667, im 4. Vierteljahr 563 und im 1. Vierteljahr 373.

An den 2403 Unfällen waren 2878 Kraftfahrzeuge beteiligt, und zwar 789 Krafträder, 1464 Personen- und 625 Lastkraftwagen. 2816 Fahrzeuge, deren Besitzer ermittelt worden sind, hatten ihren Standort im Inland und 30 im Ausland. Von 32 Fahrzeugen konnte der Standort nicht ermittelt werden, da sich die Führer dieser Fahrzeuge der Feststellung durch Flucht entzogen haben.

In 523 Fällen wurden Personen verletzt, in 1100 Fällen war Sachschaden die Folge des Unfalles und in 780 weiteren Fällen handelte es sich um Personenverletzung und Sachschaden. Verletzt wurden 513 Insassen (einschließlich Führer) und 825 Dritte, insgesamt also 1338 Personen; getötet wurden 69, darunter 36 dritte Personen.

Die Art der schädigenden Ereignisse war verschieden: 1935 mal waren Zusammenstöße mit Personen, Fahrzeugen, Radfahrern, Tieren usw. schuld, in 189 Fällen fuhren die verunglückten Fahrzeuge gegen Bäume, Laternen, Schranken usw. an, in 134 Fällen handelte es sich um einen Sturz des Fahrzeugs, 20 mal war Scheuen oder Durchgehen von Zugtieren die Ursache und 125 mal führten andere Umstände das Unglück herbei.

Zwei Drittel der Unfälle (1591 oder 66,2 Proz.) passierten auf Straßen oder Plätzen in größeren Städten, also an den Brennpunkten des Verkehrs, die übrigen verteilen sich mit 587 (24,4 Proz.) auf Landstraßen und mit 225 (9,4 Proz.) auf Dorfstraßen.

Günstige Entwicklung des Bugginger Kaliwerkes

Vor fünfeinhalb Jahren, im Mai 1922, wurden zu den Bohrungen und Ausschachtungsarbeiten des nachmaligen Kaliwerkes bei Buggingen die ersten Arbeiter eingestellt. Ein hölzerner Bohrturm und ein kleiner Schuppen waren damals die einzigen Gebäude westlich des Bahnhofs. Heute stehen dort die imposanten baulichen Anlagen des ersten badischen Kaliwerkes mit den dazu gehörenden Wohnhäusern. Das Werk kann in seiner jetzigen Gestalt für nahezu vollendet angesehen werden. Es beschäftigt in Tages- und Nachtschichten rund **500 Arbeiter,** die in der Mehrzahl in Buggingen, Seefelden, Heitersheim und Grißheim ihren Wohnsitz haben. Aber auch von weiterher, bis hinunter nach Freiburg und aufwärts über Müllheim bis Rheinweiler, finden Leute bei der Kaligewinnung Arbeit und Verdienst.

Als Krönung hat das Werk vor kurzer Zeit eine **Seilbahn** erhalten, auf welcher der Überstand, d. h. die nach Ausscheidung der Kalisalze zurückgebliebenen Erdmassen in Kippwagen zu einer Ablagerungsstätte befördert werden. Die in der Höhe an einem Gestänge dahinschwebenden Wagen, die beladen sind, werden an einer bestimmten Stelle von einem automatischen Löser geöffnet und mit dumpfem Gepolter entleeren sie ihren Inhalt auf einer bald bis zu 80 Meter Höhe angewachsenen Schutthalde. Zu den neuesten baulichen Ausgestaltungen des Unternehmens zählen die Erstellung eines **zweiten Verladeschuppens** und die Erweiterung des **Kesselhauses.** Das Kaliwerk verfügt über eine eingerichtete Kantine, sowie über einen gedeckten Fahrrad- und Motorradschuppen, worin täglich 250 bis 300 Fahrräder und Motorräder der in dem Werk Beschäftigten Platz finden.

Das in Buggingen geförderte Kali kommt, soweit es im Inland verbraucht oder in der chemischen Industrie verwendet wird, als Exportware in verschiedene europäische Länder zur Verfrachtung. Mit dem Bahnhof Buggingen sind die Verladehallen durch Schienenstränge verbunden, aus ihnen schleppt als neueste technische Errungenschaft eine feuerlose Lokomotive die Kaliprodukte dem Hauptgeleise zu.

Ende der Aussperrung in der Zigarrenindustrie

WTB. **Berlin,** 1. Dez. (Tel.) Gestern begann hier unter Vorsitz von Ministerialrat Dr. **Mewes** Verhandlungen zur Beilegung des Lohnkonfliktes in der deutschen Zigarrenindustrie, zunächst in Form einer zwanglosen Aussprache. In ununterbrochener 22stündiger Verhandlung wurde heute früh eine Vereinbarung getroffen, nach der die **beiderseitigen Kampfmaßnahmen sofort aufgehoben** werden und die **Arbeit möglichst sofort wieder aufgenommen** wird.

Maßregelungen finden nicht statt. Der geltende Tarif soll bis zum 1. April 1929 weiterlaufen. Die Löhne werden am 1. März 1928 um 12 Prozent erhöht. Für die Bezirke Hamburg und Bremen wird nur eine 10prozentige Erhöhung der Löhne eintreten.

*

Aus **Östringen** (Bruchsal) wurde gestern berichtet, daß sich die Lage immer mehr zuspitze. Eine Fabrik, in der fremde Hilfskräfte zur Sortiererei und Packerei herangezogen worden sind, wird von starken Streikposten scharf überwacht. Durch die ganzen Nächte hindurch postieren sich ausgesperrte Arbeiter vor den Fabrikeingängen. Ein Transportauto, das eine Bahnsendung abholen wollte, wurde durch die erbitterte Menge zur schleunigen Rückkehr gezwungen. Auch die Zollbeamten, welche zur Abfertigung der betreffenden Saarlieferungen erschienen waren, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren.

Im Bezirk **Offenburg** sind 1110 Tabakarbeiter am letzten Montag zur Aussperrung gekommen. In Offenburg fünf Betriebe mit 200 Arbeitern, und die Orte Schutterwald mit zwei, Altenheim, Appenweier mit je einem, Elgersweier zwei, Zunsweier sechs, Ohlsbach einem und Diersburg mit drei Betrieben, mit im ganzen 910 Arbeitern. Der Wochenlohn der organisierten Arbeiter schwankte zwischen 12 und 27 *RM.* Letzteren hatten nur 50 Arbeiter.

Lohnbewegungen in Baden

Die Forderungen der Eisenbahner. Eine in **Karlsruhe** stattgefundene Versammlung der Funktionäre des Einheitsverbandes deutscher Eisenbahner beschäftigte sich mit der Neugestaltung der Ortslohnzulagen an Reichsbahnarbeiter im Direktionsbezirk Karlsruhe. Die Versammlung forderte endlich Klarheit darüber, in welcher Höhe sich die Zulagen bewegen. Die Versammlung drückte weiter in einer Resolution ihre Forderung dahingehend aus, daß sobald wie möglich die Lohnzulagenfrage erledigt sein müsse. Sie erblickt in dem Verhalten der Reichsbahndirektion eine Verschleppung der Verhandlungen über die Neuregelung der Ortslohnzulage.

Aus der Landeshauptstadt

Die Badische Kunstlotterie erinnert daran, daß ein großer Teil junger Kunstschüler aus den wirtschaftlich schwachen Volksschichten herauskommt, deren Studium durch Gewährung von Freitischen erleichtert werden kann und sollte. Weil dies zur Zeit nur ungenügend geschieht, sind die Studierenden auf den Erfolg der Kunstlotterie, die ihre Wohlfahrtseinrichtungen weiterhin finanzieren will, angewiesen. Die Landeskunstschule gibt dafür ihr Bestes aus ihrem künstlerischen Schaffen in Form guter Gemälde, wertvoller Plastiken und Bronzen, beachtenswerte Aquarelle und Handzeichnungen, gute Originalradierungen, Holzschnitte und Lithographien oder aber feine geschmackvolle Textil- und Stickereiarbeiten und interessante Keramiken. Besonders wertvoll sind Gemälde und Plastiken, welche als Gewinne von der Professorenschaft für die Lotterie gestiftet wurden. Eine Gabe in denkbar bestem Sinne wird das prächtige Herrenzimmer im Wert von 2500 *RM* sein, das nach Entwürfen des bekannten Möbelarchitekten, Prof. Spannagel, hergestellt wurde. Man sieht nun der Ziehung der Lotterie, die am 15. Dezember 1927 stattfinden wird, wird großem Interesse entgegen.

Badisches Landestheater. Zur Feier des **80. Geburtstags** des Generalintendanten a. D. Dr. **August Bassermann** hat das Landestheater, nachdem der Jubilar von einer öffentlichen Feier abzusehen gebeten hat, das diesmöchentliche Programmheft zu einer besonderen Festschrift ausgestaltet. Darin sind die von vielen Dichtern, Schriftstellern, Komponisten usw. eingegangenen Widmungen zusammengefaßt, so u. a. Ludwig Fulda, Rudolph K. Goldschmitt, Karl Hagemann, Rudolf Herzog, Friedrich Klose, J. Landau, Leo Lenz, Oeftering, E. R. von Reznicek, Wilhelm von Scholz, Felix Weingartner. — Die Erstaufführung des diesjährigen Weihnachtsmärchens **„Die Reise ins Schlaraffenland"** von Ulrich von der Trenck am Sonntag, den 4. Dezember, nachmittags 15 Uhr, begegnet, wie bereits erkennbar ist, lebhaftester Erwartung in den Kreisen der kleinen und großen Kinder. Der Dichter wird sein Stück selbst inszenieren und im Bunde mit Torsten Hecht und Margarete Schellenberg, eifrigst bemüht sein, allen Ansprüchen, die die Phantasie billigerweise an ein komfortables Schlaraffenland stellen kann, nach Möglichkeit zu genügen. Vom heimischen Künstlerpersonal sind die erprobtesten Märchenspieler aufgeboten. Edith Bielefeld hat die Tänze einstudiert und Joseph Keilberth ist Leiter des Musikalischen. Es stehen somit zwei wirklich weihnachtsfestliche Stunden in Aussicht.

Kurze Nachrichten aus Baden

bld. **Mannheim,** 29. Nov. Nach kurzer Krankheit **verschied** hier im Alter von 64 Jahren Malermeister Adam **Kleistler,** der in den Kreisen des einheimischen Handwerks lange Jahre hindurch eine führende Rolle inne hatte. Er gehörte zu den Gründern der Maler-Einkaufsgenossenschaft Mannheim G. m. b. H., und war zweiter Vorsitzender des Landesverbandes Baden der Malermeister. Dem Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins Mannheim hat Kleistler ebenfalls angehört.

DZ. **Heidelberg,** 30. Nov. Montag vormittag hatte ein etwa 21 Jahre altes Mädchen sich vom **Königstuhlturm herabgestürzt.** Nach den aufgefundenen Papieren handelt es sich um eine Studentin der Philosophie, die vermutlich direkt vom Kolleg auf den Königstuhlturm gegangen war. Es ist dies innerhalb weniger Jahre schon der **fünfte Selbstmord** durch einen Sprung vom Königstuhlturm. — Der Dentist Otto **Sobirey,** der am 12. November die Frau Müller aus Leipzig erschossen und sich dann selbst eine Schußverletzung am Kopfe beigebracht hatte, ist heute in der psychiatrischen Klinik **gestorben.**

DZ. **Wertheim,** 29. Nov. Mit einem Kostenaufwand von 46 000 *RM* wurde die **Marienkapelle,** die im Jahre 1774 vom Grafen von Löwenstein erbaut worden ist, neu hergerichtet und zu gottesdienstlichen Zwecken freigegeben. Der Historische Verein Alt-Wertheim hat sich ebenfalls große Verdienste um die Kapelle erworben, die nunmehr ein weiteres Schmuckstück der Gegend bildet.

DZ. **Neustadt,** 30. Nov. Zur Ehrung der im Weltkriege gefallenen Bürger von Neustadt wird auf dem **Fullberg** bei Neustadt i. Schw. ein **monumentales Kreuz** von 16 Meter Höhe errichtet. Mit den Vorarbeiten wurde begonnen. Hiermit tritt zu den zahlreichen sinnvollen Kriegerdenkmälern im Schwarzwald ein weiteres Monument.

Bv. **Freiburg,** 30. Nov. Der alte bekannte **Gasthof auf dem Belchen** (1415 m), dem dritthöchsten Berg des Schwarzwaldes, erfuhr in den letzten Wochen einen vollständigen Umbau. Neben dem alten Rasthaus wurde ein Neubau begonnen, der so rasch vonstatten ging, daß das Richtfest bereits abgehalten werden konnte. Vor dem Hotel wird ferner eine gedeckte Glasveranda angebaut.

Bv. **St. Blasien,** 30. Nov. Als kleinster Ort, der von der **Südwestdeutschen Bühne** in Baden bespielt wird, hat St. Blasien in kurzer Zeit unter Leitung der städtischen Kurverwaltung eine stattliche Theatergemeinde mit 250 Mitgliedern ins Leben gerufen. Die erste Aufführung am 19. November brachte Kleist's Lustspiel „Der zerbrochene Krug" und das Schäferspiel von Goethe „Die Laune des Verliebten". Der neugeschaffene Kursaal war voll besetzt und das Publikum spendete dem Spiel und den Darstellern reichen Beifall.

DZ. **Zell i. W.,** 30. Nov. Die hiesige **Lederfabrik** ging im Rahmen der Zwangsversteigerung um den Preis von nahezu 25 000 *RM* mit allen Gebäuden und Grundstücken an den Kaufmann Abt von Zürich über. Ob und in welcher Form der Betrieb, der seit Mitte des Jahres 1923 ruht, **wieder aufgenommen** wird, steht noch nicht fest.

Verschiedenes

Von Kähne zu 3½ Monaten Gefängnis verurteilt

In der Berufungsverhandlung gegen den Gutsbesitzerssohn **von Kähne** wegen Mißhandlung zweier Berliner Ausflügler, fällte das Berliner Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte von Kähne wird wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung zu **3 Monaten 14 Tagen Gefängnis** verurteilt. Ferner muß der Angeklagte an die Mißhandelten eine **Buße von 100** bzw. 200 *RM* zahlen. Der angeklagte Unteroffizier **Schröder,** der Schwager von Kähne, wird zu 50 *RM* Geldstrafe und 20 *RM* Buße verurteilt, der Arbeiter **Müller** zu 5 *RM* Geldstrafe, wegen einfacher Körperverletzung.

Der Überschwemmungskatastrophe in Marokko

fielen nach den neuesten Mitteilungen 250 Europäer und gegen 2500 Eingeborene zum Opfer. Der Schaden wird auf 600 Millionen Francs geschätzt.

Choleraepidemie in Bengalen

WTB. **Calcutta,** 30. Nov. Im **Golf von Bengalen,** mit Ausnahme von Calcutta, ist eine **Choleraepidemie** ausgebrochen. Im Verlaufe einer Woche wurden 3700 Fälle gemeldet, von denen 2140 **tödlich** verliefen. Wenn die Epidemie ihren gewöhnlichen Verlauf nimmt, befürchtet man, daß sich die Zahl bis Mitte Dezember um 50 Prozent erhöhen wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Auch gestern hatten wir in der Ebene neblig-trübes Wetter, während das Gebirge um etwa 800 Meter Höhe über die Wolkendecke hinausragte, ein Zustand, der in der letzten Zeit für tiefe Lagen ausgesprochene Dunkeltage zur Folge hatte. In dem europäischen Hochdruckgebiet, dessen Kern nunmehr über Südskandinavien liegt, beginnen die Störungsverhältnisse sich zu ordnen. Über dem Festlande weht jetzt ziemlich einheitlich etwas kräftiger Ostwind, der die Kaltluft nach dem Mittelmeertief transportiert. Hierdurch werden die bisher in den unteren Schichten in Ruhe befindlichen antizyklonalen Kaltluftmassen in Fluß gebracht, so daß wir zunächst mit zeitweiliger Aufheiterung auch in der Ebene, rechnen dürfen. **Voraussage für 2. Dezember:** Östliche Winde, sonst zunächst keine wesentliche Änderung, später auch in der Ebene zeitweilige Aufheiterung möglich. Temperatur um 0°.

Staatsanzeiger

Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen im November 1927.

Die in der Zeit vom 7. bis 12. November 1927 nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922, Nr. 39, Seite 424) abgehaltene Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen haben bestanden:

Die Handelsschulassessoren:

Bergmann Udo von Heidelberg,
Blau Josef von Hüngheim, Amt Adelsheim,
Borel Dr. Arnold von Kasaragod (Brit. Vorder-Indien),
Daigl Nikolaus von Braunschweig,
Geier Arthur von Mannheim,
Gellert Dr Willy von Mannheim,
Grein Max von Boxtal, Amt Wertheim,
Höfele Dr. Josef von Weizen, Amt Bonndorf,
Läule Paul von Offenburg,
Marx Dr Siegfried von Ludwigshafen a. Rh.,
Mickley Dr. Otto von Bayreuth,
Nickel Johannes von Spieskappel (Preußen),
Pfühler Dr Leo von Hainstadt, Amt Buchen,
Raupp Dr. Friedrich von Mannheim,
Restle Dr Friedrich von Eisenstein (Böhmen),
Riese Reinhold von Freiburg,
Schmid Dr. Helene von Lörrach,
Stocker Hermann von Konstanz,
Wunsch Dr Urban von Heidelberg,
Zick Hugo von Ludwigshafen a. Rh.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig angestellt:

Bürogehilfin Luise **Weber** beim Bezirksamt Heidelberg als Verwaltungsassistentin.

Versetzt:

Anstaltsarzt Medizinalrat Dr Hermann **Zwilling** an der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen in gleicher Eigenschaft zur Heil- und Pflegeanstalt bei Konstanz.

Rechnungshof

Infolge Erreichung der Altersgrenze tritt kraft Gesetzes in den Ruhestand:

Oberfinanzrat Moritz **Reinach**, Kollegialmitglied des Rechnungshofs.

Ernannt:

Oberfinanzrat Dr Otto **Oswald** bei der Domänenabteilung des Ministeriums der Finanzen unter Belassung seiner bisherigen Amtsbezeichnung zum Kollegialmitglied des Rechnungshofs.

Goll-Pianos
sind Qualitäts-Instrumente
Lieferung zu äußerst günstigen Bedingungen auch **ohne** Anzahlung
Filiale: Karlsruhe, Waldhornstr. 30
G.939

Bekanntmachung.

Außerordentliche Generalversammlung der Haftpflichtversicherungsanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer.

Freitag, den 16. Dezember 1927, vormittags 11.30 Uhr, findet im Sitzungszimmer der Badischen Landwirtschaftskammer Karlsruhe, Stefanienstraße 43, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Zur Teilnahme ist eine Anmeldekarte notwendig, die spätestens 3 Tage vor Eröffnung der Versammlung bei dem Vorstande anzufordern ist.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Satzungsänderungen.
3. Ersatzwahl für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied, Herrn Gutsbesitzer Bauer, Schweinsberg.
4. Bericht über den Geschäftsstand der Anstalt.
5. Anträge und Wünsche.

Karlsruhe, den 29. November 1927. M.13

Der Vorsitzende der Haftpflichtversicherungsanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer:
Dr. Graf Douglas.

Die per 1. Januar 1928 fälligen Zinsscheine unserer Gold-Hypotheken-Pfandbriefe lösen wir wie folgt ein: G.944

a) 8% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe

aus	50	GM.	mit	2 RM.
„	100	„	„	4 „
„	200	„	„	8 „
„	500	„	„	20 „
„	1000	„	„	40 „
„	2000	„	„	80 „
„	5000	„	„	200 „

b) 7% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe

aus	100	GM.	mit	3,50 RM.
„	200	„	„	7,00 „
„	500	„	„	17,50 „
„	1000	„	„	35,00 „
„	2000	„	„	70,00 „
„	5000	„	„	175,00 „

c) 6% Gold-Hypotheken-Pfandbriefe

aus	100	GM.	mit	3 RM.
„	200	„	„	6 „
„	500	„	„	15 „
„	1000	„	„	30 „
„	2000	„	„	60 „
„	5000	„	„	150 „

Von obigen Beträgen kommen 10% Kapitalertragsteuer in Abzug.

Mannheim, den 1. Dezember 1927.

Rheinische Hypothekenbank.

Detektiv-Institut „Argus" u. Privat-Auskunftei „Mannheim" O. 6. 6 Planken Schutzmarke 55305 A. Maier & Co., G.m.b.H. G.567

Reformhaus O. HANISCH Reformartikel aller Art KARLSRUHE i. B. Kaiserstr. 32 - Telefon 876 G.980

Leichenwagen liefern als Spezialität **Lorcher Fahrzeugwerke** G. m. b. H. G.931 **Lorch Nr. 9,** Württemberg Jede Ausführung vorrätig, günstige Zahlungsbedingungen. Angebote und Bilder kostenlos. Gebrauchter, sehr gut erhaltener **Sanitätswagen** auf Gummirädern sehr preiswert abzugeben.

Pianos **Ludwig Schweisgut** Karlsruhe i. B. Erbprinzenstraße 4 beim Rondellplatz Flügel Pianinos 724 Harmoniums Nur beste Fabrikate Sehr mäßige Preise Umtausch alter Klaviere

Korbmöbel „Mercedes" ab Fabrik an jederm. Günstige Preise, bequeme Teilzahlg. Verl. Sie Katalog. Korbmöbelfabrik „Mercedes" Lorch (Württemberg)

Badische Lichtspiele KONZERTHAUS
Freitag, den 2. Dezember bis Mittwoch, den 7. Dezember abends 8¼ Uhr
Samstag und Mittwoch auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, den 4. Dezember, nur 4 Uhr nachmittags
Unsere Emden
ihre ruhmreichen Fahrten und Ende
Musikbegleitung: Polizeikapelle
Preise, Vorverkauf und Ermäßigungen wie üblich
G.945

Handwerkskammerwahlen 1927.

Gemäß § 6 Absatz 4 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. Januar 1913 „die Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Gesellenausschüsse betr." (Gesetz- u. Verordnungsblatt Seite 103 ff.) geben wir hiermit bekannt, in welcher Wahlgruppe und mit wieviel Mitgliedern die Innungen, Fachvereinigungen, Handwerker- und Gewerbevereine, deren Anmeldungen vor Ablauf der durch Bekanntmachung vom 9. September 1927 auf 31. Oktober 1927 festgesetzten Anmeldefrist hier eingekommen sind, für die diesjährige Handwerkskammerwahl wahlberechtigt sind und bei welchen dieser Vereinigungen wahlberechtigte Gesellenausschüsse bestehen. M.7

O.-Z.	Name der Vereinigung	Anzahl der Gesellenausschüsse	Gruppe, für die das Wahlrecht beansprucht wird	Zahl der Mitglieder, die wahlberechtigt sind
	Karlsruhe.			
1	Freie Bäckerinnung Karlsruhe-Stadt	1	I	203
2	Freie Bäckerinnung Karlsruhe-Land	1	I	77
3	Baugewerke-Innung	—	I	73
4	Hafner- und Ofensetzer-Innung	1	I	15
5	Metzgerinnung	1	I	171
6	Freie Schlosser-Innung	1	I	59
7	Friseurzwangsinnung	1	I	195
8	Glaserzwangsinnung	—	I	32
9	Schmiedezwangsinnung Kalsruhe	1	I	70
10	Schreiner-Zwangsinnung Karlsruhe	1	I	106
11	Kaminfegerzwangsinnung für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	I	41
12	Photographenzwangsinnung für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	I	76
13	Herrenschneiderzwangsinnung für Karlsruhe u. Vororte	1	I	231
	Durlach.			
14	Freie Bäckerinnung für die Amtsbezirke Durlach und Bruchsal-Land	—	I	156
15	Freie Metzgerinnung Durlach	1	I	60
16	Sattler- und Tapezierinnung Durlach	—	I	17
17	Freie Schlosserinnung Durlach	1	I	18
18	Freie Schreinerinnung Durlach	1	I	19
19	Schmiedezwangsinnung Durlach	1	I	42
20	Schuhmacherzwangsinnung Durlach	—	I	85
21	Zwangsinnung der Blechner- u. Installateurmeister Durlach	—	I	22
22	Deutscher Buchdruckerverein, Bezirksverein Karlsruhe	—	II	71
23	Vereinigung Karlsruher Dachdeckermeister	—	II	14
24	Vereinigung Karlsruher Gipsermeister	1	II	7
25	Vereinigung der Graveure und Ziseleure Karlsruhe	—	II	10
26	Vereinigung der selbständigen Konditoren für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	II	73
27	Malermeistervereinigung Karlsruhe	—	II	109
28	Vereinigung der Karlsruher Steindruckereibesitzer	1	II	11
29	Vereinigung Karlsruher Uhrmachermeister	—	II	50
30	Zimmermeister-Vereinigung Karlsruhe	—	II	16
31	Reichsverband deutscher Elektroinstallateure, Ortsgruppe Karlsruhe	—	II	51
32	Vereinigung der Kupferschmiedereien, Bezirksverein Karlsruhe	—	II	9
33	Reichsbund der Deutschen Kürschner, Bezirksgruppe Karlsruhe	—	II	14
34	Elektroinstallateurvereinigung Karlsruhe	—	II	48
35	Handwerkerverein Rußheim	—	III	38
36	Gewerbe- und Handwerkerverein Karlsruhe	—	III	53
37	Gewerbeverein Graben	—	III	70
38	Gewerbeverein Linkenheim	—	III	33
39	Gewerbe- und Handwerkerverein Durlach	—	III	55

Die Anmeldungen und Mitgliederverzeichnisse liegen 14 Tage lang, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in den Tageszeitungen an gerechnet, auf dem Bezirksamt — Polizeidirektion — Zimmer 43 zur Einsichtnahme auf. Einsprachen können nur innerhalb dieser 14tägigen Frist vorgebracht werden.

Karlsruhe, den 29. November 1927. O.-Z. 150.

Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger
offizielles Organ der badischen Regierung
Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten, in Industrie-, Handels- und Gewerbekreisen gelesen
Anzeigen aus Industrie, Handel und Gewerbe sind deshalb von ganz besonderer Wirkung
Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Versch. Bekanntmachungen

Freihändiger **Nutzholzverkauf**

Forstamt St. Blasien: **Mittwoch, 7. Dezember 1927, nachmittags 4 Uhr,** 7000 Fm. Nadelstammholz, Fichten mit einzelnen Tannen. Losverzeichnisse vom Forstamt.

Am 1. Dezember d. J. wird der bei km 2,9/3,0 der Strecke Singen (Hohentwiel) — Beuren-Büßlingen errichtete Haltepunkt **Twielfeld** in Betrieb genommen. Der Haltepunkt ist unbesetzt und dient nur dem Personenverkehr. Der Fahrkartenverkauf im Verkehr von Twielfeld findet im Zuge durch den Zugbegleitbeamten statt. An dem Haltepunkt halten alle dem Personenverkehr dienenden Züge der genannten Strecke. M. 20

Güterrechtsregister.

Bruchsal. M. 9

Güterrechtsregistereintrag Band III, S. 169: **Gerstner,** Engelbert, Kaufmann, und dessen Ehefrau Johanna geb. Lenhard in Bruchsal. Durch Vertrag vom 9. Juli 1927 ist die Errungenschaftsgemeinschaft nach den §§ 1519 ff. des BGB. vereinbart. Das gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Ehefrau ist zu ihrem Vorbehaltsgut erklärt.

Bruchsal, 15. Oktober 1927.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. M. 10

Güterrechtsregistereintrag Band III, Seite 172; **Leonhardt,** Otto, Zuschneider, und dessen Ehefrau Elisabeth geb. Blattner in Bruchsal. Durch Vertrag vom 29. Sept. 1927 ist die Errungenschaftsgemeinschaft nach den §§ 1519 ff. des BGB. vereinbart. Das Erwerbsgeschäft (Bügelgeschäft) der Frau samt Einrichtung und Einkünften wird gemäß § 1526 BGB. zu ihrem Vorbehaltsgut erklärt.

Bruchsal, 25. Oktober 1927.
Bad. Amtsgericht.

Bruchsal. M. 11

Güterrechtsregistereintrag Bd. III S. 173: **Günther,** Isidor, Schreinermeister in Odenheim, und dessen Ehefrau Luise geborene Ochs. Vertrag vom 18. November 1927. Gütertrennung des BGB.

Bruchsal, 26. Nov. 1927.
Amtsgericht I.

Lahr. M. 8

Güterrechtsregistereintrag Lahr Bd. III S. 55: **Alois Kindle,** Schreiner in Sulz, und dessen Ehefrau Frieda geb. Schweickhardt. Ehevertrag vom 16. November 1927. Gütertrennung.

Lahr, 24. Nov. 1927.
Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Freitag, 2. Dezember 1927
3. Vorstellung der Schülermiete
Die Braut von Messina
von Schiller
In Szene gesetzt von Dr. Hans Waag

Isabella	Ermarth
Manuel	Hierl
Cesar	Leitgeb
Beatrice	Bertram
Cajetan	Schulze
Berengar	Herz
Manfred	v. d. Trenck
Bohemund	Dahlen
Roger	Kloeble
Hipolyt	Gemmecke
Diego	Höcker
Boten	Graf / Prüter

Anfang 18½, Ende nach 20½
I. Rang und I. Sperrsitz 5 RM
Plätze vom II. Rang an aufwärts sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Sa. 3. Dez.: **Zwölftausend.**
So. 4. Dez.: Nachmittags: Zum erstenmal: **Die Reise in's Schlaraffenland.** Abends: Neu einstudiert: **Der Vogelhändler.** Im Konzerthaus: **Weekend.**

Lest Bücher Wissen gibt Macht!

Eisu-Metall-Betten Stahlmatratz., Kinderbetten günstig an Private. Kat. frei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Druck G. Braun, Karlsruhe